Amt für Integration und Migration Regensburg, den 01.06.2017

Niederschrift
über die
10. Sitzung des Integrationsbeirates
am 17. Mai 2017
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Beginn: 18:09 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Herr **Altuner** Salih		**x**	
2	Herr **Ataman** Burhanettin			**x**
3	Herr **Cetinkaya** Nurdogan		**x**	
4	Herr **Enderle** Anton	**x**		
5	Frau **Filipczak** Eva	**x**		
6	Herr **Hochholzer** Prof. Dr. Rupert	**x**		
7	Frau **Jundt** Natalia			**x**
8	Herr **Kaunzner** Friedrich	**x**		
9	Frau **Kerbel** Helena	**x**		
10	Frau **Klein** Helmine	**x**		
11	Frau **Kuzenko** Dorina		**x**	
12	Frau **Lang** Julia		**x**	
13	Frau **Panduro Canlla** Silvia			**x**
14	Herr **Paquay Rovira** Pedro	**x**		
15	Frau **Raile** Alma	**x**		
16	Frau **Simmet** Maia		**x**	
17	Herr **Smoljo** Josip	**x**		
18	Frau **Tümerkan** Görkem		**x**	
19	Frau **Yelkenci** Melek	**bis 19:30 Uhr**		
		10	6	3

Nicht stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Stadtrat **Akili** Juba, SPD-Stadtratsfraktion	**x**		
2	Stadträtin **Dechant** Bernadette, CSU-Stadtratsfraktion		**x**	
3	Stadtrat **Graf** Joachim, ÖDP-Stadtratsfraktion		**x**	
4	Stadträtin **Kunc** Margit, B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion	**x**		
5	Stadträtin **Opitz** Gabriele, FDP-Stadtratsfraktion	**x**		
6	Stadträtin **Radler** Kerstin, Freie Wähler-Stadtratsfraktion		**x**	
7	Stadtrat **Spieß** Richard, DIE LINKE-Stadtratsfraktion	**x**		

Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau **Haug** Prof. Dr. Sonja	**bis 19:55 Uhr**		
2	Herr **Böken** Ulrich		**x**	

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Filipczak begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Die Nachfrage nach Ergänzungen zum Protokoll der letzten Sitzung vom 08.02.2017 wird verneint, somit ist dieses Protokoll genehmigt.
Frau Filipczak fügt noch drei Punkte zu TOP 10: Verschiedenes hinzu:

- Tag der offenen Tür am 12. November 2017
- Bundesweite Kampagne zum kommunalen Wahlrecht
- Einheitliche Vorlage für Beschlüsse des Integrationsbeirates (IB)

Frau Filipczak gibt den offenen Brief von AGABY an den bayerischen Innenminister zum Thema Aussetzung der Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan nochmals in Umlauf; die Frist zur Unterzeichnung wurde verlängert. Aufruf an die Anwesenden, wenn Interesse besteht, diesen noch zu unterzeichnen. Frau Filipczak wird diesen dann morgen weiterleiten.

TOP 2: Neues Familienzentrum im Kasernenviertel (Fr. Raith)

Frau Raith erläutert die bisherigen Planungen (Abbildungen hierzu s. Anlage).
Es werden unterschiedliche Einrichtungen unter einem Dach vereinigt, z.B. Beratungsstellen, offene Behindertenarbeit, Jugendzentrum und Familienzentrum.
Die Räume können angemietet werden, allerdings nicht dauerhaft; sie sollen jeweils 2 x pro Tag belegt werden, z.B.: Vormittags Sprachkurs; nachmittags eine andere Gruppe.

Frau Filipczak fragt nach, ob Migrantenorganisationen ebenfalls Räume anmieten können => Ja, es können gegen eine geringe Gebühr Räume angemietet werden, allerdings, wie schon erwähnt, keine dauerhafte Anmietung

Herr Enderle fragt nach der Bewirtschaftung => Es ist keine generelle Bewirtschaftung vorgesehen; es sind noch, einige Details zu klären z.B. ob Alkohol ausgeschenkt werden darf. Frau Raith weist darauf hin, dass das Familienzentrum z.B. selbst ein Frühstück anbietet.

Frau Filipczak fragt nach der Anzahl der Stellen, die in der Personalplanung vorgesehen sind => Noch nicht endgültig festgelegt; die Hausverwaltung wird hauptamtlich (analog Jugendzentrum) organisiert.

TOP 3: Aktueller Stand Interkulturelle Woche 2017 (Frau Klein)

Frau Klein bedankt sich zu Beginn bei Frau Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer für die intensive Bearbeitung ihres Anliegens bzgl. des Tages der Heimat am 30.09.2017. Leider war es nicht möglich für diese Veranstaltung den „Alten Reichssaal“ zu bekommen, aber über die Frau Bürgermeisterin konnte als ansprechende Alternative die Ostdeutsche Galerie gewonnen werden.
Danach erläutert Frau Klein den aktuellen Planungsstand für die „Interkulturelle Woche“:

- Jugendfußballturnier: Ist fest eingeplant. Herr Novakovic wird sich um die Organisation der Sportveranstaltung kümmern und ebenso um ein kulturelles Rahmenprogramm
- Musikworkshop: Anmeldungen von Schülern und Jugendlichen liegen bereits vor
- Jahresempfang:
    - Frau Klein wünscht sich, dass teilnehmende Vereine kulinarische Köstlichkeiten vorbereiten; diese Möglichkeit wurde aber mit dem Leeren Beutel noch nicht geklärt; Frau Klein holt dies aber nach Rücksprache mit den Vereinen nach
    - Professor Scheuringer hat seinen Vortrag definitiv zugesagt
    - mit den Musikern ist ebenfalls der Ablauf geklärt
- Religions for Peace: Pfarrerin Weber hat definitiv zugesagt, dass es mit den teilnehmenden Religionsgruppen ein gemeinsames Friedensgebet geben wird, im Melanchthonsaal im Haus der Diakonie, mit offener Teilnahme für jeden
- Lesung mit Workshop: Frau Klein hat eine definitive Zusage von Herrn Schwarzfischer für den 27.9 um 15:00 Uhr zu einer Vorlesung in der Stadtbücherei aus dem Zwirkebuch; sein Illustrator wird dazu mit Kindern einen Zeichenworkshop machen
- „Open Mic“-Abend in der Stadtbücherei: Frau Klein wird sich nach dem Termin am „Runden Tisch“ mit der Stadtbücherei in Verbindung setzen, wenn Sie weiß, wer von den Vereinen daran teilnehmen möchte
- Der Verein „Um die Ecke“ (u.a. Sprachcafe in der Alten Mälzerei) will auch einen Beitrag zur Woche leisten.
- Donumenta Open Air Gallery: Frau Hellwig-Schmid hat sich zu einer Führung durch die Open Air Gallery bereit erklärt; dafür wird ein Kleinbus für ca. 20 Personen gemietet.
- Die Teilnehmenden an der Veranstaltung am 1. Oktober („Migrantenorganisationen und Landsmannschaften stellen sich vor“) werden sich nach dem „Runden Tisch“ ergeben

Frau Klein erklärt und bittet um Vermerk im Protokoll, dass eine Mithilfe weiterer Mitglieder jetzt noch nicht notwendig ist. Nach dem „Runden Tisch“ wird sie sich an alle, die helfen möchten, wenden. Bis dahin bittet Frau Klein darum, dass alles erst einmal bei Ihr zusammen läuft.

Frau Filipczak fragt nach der Kontaktaufnahme zum „Ökumenischen Vorbereitungsausschuss der Interkulturellen Woche“ (ÖVA). Frau Filipczak verweist auf die Wichtigkeit dieser Kontaktaufnahme, da dadurch die Regensburger Veranstaltungen auch überregional beworben und bekannt gemacht werden können. Auch die Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit wäre wichtig.
Herr Vernim verweist auf das Abwarten der Ergebnisse des „Runden Tisches“, nach dem der Ablauf der Woche schon sehr konkret sein wird. Im Anschluss können konkrete Überlegun-

gen über den Bedarf an Plakaten, Flyern etc. angestellt werden, die beim ÖVA bestellt werden. Es wird dazu eine Arbeitsgruppe geschaffen. Näheres wird auf der nächsten Sitzung im Juli besprochen. Sollten noch Beschlüsse notwendig sein, werden auch diese auf der nächsten Sitzung Thema sein.

TOP 4: Bericht der geschäftsführenden Stelle (Hr. Rötzer, Hr. Vernim)

Herr Rötzer berichtet über:

- Satzungsänderung: diese steht auf der nächsten Stadtratssitzung auf der Tagesordnung;
- Frau Nina Barska ist seit dem 26. April Nachfolgerin von Herrn Vernim für das MiMi-Projekt als Standortkoordinatorin in Teilzeit
- Der Tag der offenen Tür der Stadtverwaltung findet am 12.11.2017 von 13 bis 18 Uhr statt. Eine Beteiligung des Beirats würde begrüßt.

Herr Vernim berichtet über:

- aktuelle Haushaltssituation des IB: aktuell sind für 2017 noch 8.810 Euro verfügbar; für die Interkulturelle Woche sind allerdings bereits 3.000 Euro veranschlagt; auch die Klausurtagung wird noch Kosten verursachen
- Das Logo des Beirats kann jetzt für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden; allerdings immer in Absprache mit der geschäftsführenden Stelle und in Verbindung mit dem Stadtlogo
- Listennachfolge für den vakanten Sitz im Beirat ist noch in Arbeit
- Arbeitskreis „Interkulturelle Gesundheit“: 16 Teilnehmer bei der ersten Sitzung, Frau Klein nahm als Vertreterin des IB teil; primär sind hier fachliche Vertreter der Gesundheitsversorgung in Regensburg geladen; Zentrale Themen der ersten Sitzung waren u.a. die Sprachbarriere und das Übergangsmanagement von z. B.: stationärer zu ambulanter Behandlung; Nächstes Treffen ist am 20.7.2017, voraussichtlich in Räumlichkeiten des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder.

Nach diesen Ausführungen bedankt sich Frau Filipczak bei den Herren und bemerkt, dass die Webseite des IB aktualisiert wurde und jetzt mit Leben gefüllt werden soll. Kurze Artikel zu Veranstaltungen inkl. Fotos können jetzt eingestellt werden. Der Besuch in der Erstaufnahmeeinrichtung und die Kundgebung zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ sind bereits online. Fotos und Texte sollen an Herrn Vernim geschickt werden, dieser wird die weitere Bearbeitung veranlassen.

Frau Filipczak weist an dieser Stelle nochmals auf die Verschiebung der IB-Sitzung vom 27.9.2017 auf den 5.10.2017 hin.

TOP 5: Runder Tisch der Migrantenorganisationen am 23.5.17 (Frau Yelkenci)

Frau Yelkenci appelliert vorab an alle IB-Mitglieder, am 23.5.2017 um 18:00 Uhr am „Runden Tisch der Migrantenorganisationen“ teilzunehmen. 16 Vereine mit insgesamt 28 Personen sind bisher angemeldet. Sie selbst wird den Abend moderieren. Protokollführung ist notwendig, evtl. jemand aus der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit; danach sollte daraus auch eine Pressemitteilung verfasst werden. Herr Rovira wird Fr. Yelkenci bei der Vorbereitung des Raums unterstützen.
Auch Frau Filipczak wünscht sich mindestens eine 50-prozentige Beteiligung der stimmberechtigten Mitglieder des IB; ansonsten verliere der IB an Glaubwürdigkeit. Die heute nicht anwesenden Mitglieder sollen hierzu noch einmal informiert werden.
Frau Yelkenci ergänzt, dass dieser „Runde Tisch“ u.a. als Planungstreffen für die „Interkulturelle Woche“ zu sehen ist.
Herr Vernim ergänzt, dass er zugleich als Nachfolgeveranstaltung zu den bereits vorangegangenen Treffen mit den Migrantenorganisationen, zu sehen ist.

Frage von Herr Kaunzner: Wenn es sich um keine direkte Veranstaltung des IB handelt, ist eine eigene Entschuldigung bei Abwesenheit dann notwendig? Frau Filipczak erklärt, dass

das in der eigenen Verantwortung der IB-Mitglieder liegt. Sie verweist darauf, dass der Runde Tisch und die „Interkulturelle Woche“ Veranstaltungen des IB sind.
Herr Kaunzner entschuldigt sich für den Runden Tisch und für die Sitzung im Juli.

TOP 6: Kundgebung „Rassismus adé, Vielfalt olé“ und zukünftige Beteiligung (Herr Rovira)

Im Rückblick, der jedem Mitglied bereits vorliegt, ist eine kurze Bewertung der Organisationsgruppe formuliert. Herr Rovira berichtet über die Veranstaltung; leider waren nur wenige Migrantenorganisationen dabei; aber die Veranstaltung ist angesichts der kurzfristigen Vorbereitung trotzdem gelungen. Diese Veranstaltung sollte fest im Veranstaltungskalender des IB installiert werden. Seine Arbeitsgruppe kann die Organisation weiterhin übernehmen. Bei der nächsten Veranstaltung 2018 ist dann auch mehr Zeit für die Vorbereitung. Der Aktionstag wird wohl im nächsten Jahr ähnlich ablaufen.

Beschlussvorschlag: Die Veranstaltung sollte als Teil der alljährlichen Aktivitäten des Integrationsbeirates etabliert werden.
Beschluss: Einstimmig beschlossen.

TOP 7: Einrichtung einer Fachstelle „Antidiskriminierung“ bei der Stadt (Herr Rovira)

Herr Rovira erklärt, dass es hier um die Sichtbarmachung von Diskriminierung geht. Es gab bereits mehrere Veranstaltungen in der Stadt hierzu. Betroffene sind oft hilflos, an wen sie sich dann wenden sollen. Es soll eine Anlaufstelle hierzu entstehen, die Beratung und Unterstützung bietet. Frau Filipczak bestätigt die Notwendigkeit, Erfahrungen aufgrund ihrer eigenen Tätigkeit belegen dies.
Herr Rovira liest die Beschlussvorlage vor.
Frau Filipczak erwähnt Städte, wie z.B. Erlangen, in denen solche Anlaufstätten bereits eingerichtet sind.
Herr Kaunzner fragt nach bereits vorhandenen Stellen bei der Stadt Regensburg, bei der dieses Thema mit angegliedert werden könnte.

Herr Rötzer erklärt hierzu: die Stadt hat eine Beschwerdestelle gem. § 13 AGG, die primär für städtische Beschäftigte als Beschwerdestelle zuständig ist. Das vorliegende Anliegen geht über das bisher Vorhandene hinaus. Nach erfolgtem Beschluss des IB wird der Bedarf bzw. die Notwendigkeit für eine solche Stelle geprüft werden.
Nochmaliger Hinweis von Herrn Kaunzner: Die Begrifflichkeit „Antidiskriminierungsberatung“ ist mehr als nur ein Wort und dies muss klar ersichtlich sein. Frau Filipczak unterstützt die Wichtigkeit der Aussage von Herrn Kaunzner. Beratung sei mehr als eine Beschwerdestelle.

Prof. Dr. Hochholzer fragt bei Prof. Dr. Haug nach empirischem Material zu diesem Bereich aus dem Integrationsbericht. Sie verweist auf Herrn Vernim, der zum Integrationsbericht detailliere Auskunft geben kann. Herr Vernim berichtet, dass im Integrationsbericht Benachteiligungserfahrungen in verschiedenen Bereichen des Lebens abgefragt wurden. Hierbei ergab sich eine deutlich häufigere Betroffenheit von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedensten Bereichen, u.a. bei der Wohnungssuche oder auch im Kontakt mit der Stadtverwaltung. Herr Hochholzer regt an, einen Verweis auf diese Ergebnisse mit in den Beschluss aufzunehmen.

Herr Kaunzner schlägt die Ausarbeitung einer neuen Formulierung dieses Antrages, gemeinsam erarbeitet von Frau Filipczak, Herr Vernim und Herrn Rötzer, vor. Dieser sollte dann in der nächsten Sitzung des IB zur Abstimmung gestellt werden. Frau Filipczak erwidert, dass einer grundsätzlichen Beschlussfassung heute nichts im Wege steht. Herr Kaunzner unterstreicht seine grundsätzliche Befürwortung des Vorschlags.

Beschlussvorschlag:	Die Stadt Regensburg wird aufgefordert, die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle umzusetzen. Diese soll direkt dem Oberbürgermeister unterstellt sein, damit diese Stelle schnell und effektiv arbeiten und reagieren kann.
Beschluss:	Einstimmig beschlossen.

Frau Filipczak möchte einige Formulierungen in der Beschlussvorlage noch etwas überarbeiten. Herr Smoljo erläutert, dass aus seiner Sicht die grundsätzliche Forderung nach Einrichtung einer solchen Stelle jetzt beschlossen wurde. Die endgültige Ausformulierung des Anliegens kann nachträglich erfolgen.
Herr Kaunzner stellt nochmal zur Diskussion, dass Herr Rovira, Frau Filipczak, Herr Rötzer und Herr Vernim einen Beschlussvorschlag für die nächste Sitzung ausarbeiten sollen. Herr Rötzer bedankt sich für das Vertrauen, aber verweist an dieser Stelle auf die Unmöglichkeit einer Ausarbeitung von Beschlüssen für den IB durch die Stadtverwaltung.
Frau Filipczak fasst zusammen: Die Forderung wurde jetzt beschlossen. Die endgültige Formulierung des Anliegens muss noch bis zur nächsten Sitzung erarbeitet werden.

TOP 8: Klausurtagung 2017 (Fr. Filipczak)

Frau Filipczak erklärt, dass in der letzten Sitzung besprochen wurde, dass heute ein Beschluss für die diesjährige Klausurtagung gefasst werden soll. Die Beschlussvorlage sieht die grundsätzliche jährliche Durchführung einer Klausur des IB vor.

Beschlussvorschlag:	Der Integrationsbeirat beschließt, jährlich im Zeitraum Oktober/November einen Klausurtag durchzuführen.
Beschluss:	Mit acht Stimmen (Stimmenmehrheit) beschlossen.

Einwand von Frau Klein, dass dieser Tag nur bei bestimmter prozentualer Beteiligung, z.B. bei Anmeldung von 3/4 der Mitglieder, stattfinden sollte. Herr Smoljo unterstützt diesen Vorschlag. Herr Enderle möchte hieraus keine jährliche Pflichtveranstaltung machen. Frau Filipczak verdeutlicht, dass über das tatsächliche Stattfinden der Klausur jährlich erneut abgestimmt werden kann.

Frau Filipczak nimmt demnächst eine Doodle-Abfrage bzgl. des Termins für dieses Jahr vor. Abstimmung darüber erfolgt dann in der nächsten Sitzung. Wichtig wäre eine Ausgestaltung des Inhaltes für die Klausurtagung. Dies soll von den Arbeitsgruppen bis zur nächsten Sitzung ausgearbeitet werden.

Herr Rötzer merkt an, dass die Arbeitsgruppen unabhängig von der Terminfindung bereits bis zur nächsten Sitzung Vorschläge für die Klausur erarbeiten können. Wichtig sei, zu wissen, was gewünscht ist.

Frau Filipczak fordert die Arbeitsgruppen auf, bis zur Sitzung im Juli Ideen für den Ablauf der Klausur zu erarbeiten.

TOP 9: Kurzvortrag (Hr. Kaunzner)

Hr. Kaunzner hat im vergangenen Jahr an zwei Veranstaltungen in München teilgenommen und trägt zentrale Punkte hierzu vor. Inhalt des Vortrags s. Anlage.

TOP 10: Verschiedenes

10.1
Der Tag der offenen Tür der Stadt Regensburg (12.11.2017) wurde bereits angesprochen. Frau Filipczak fordert in diesem Zusammenhang die Arbeitsgruppe Öffentlichkeit auf, angesichts der Freigabe des Logos nun Flyer, Rollups und ähnliches für den IB zu erarbeiten.

Dies wäre für Gelegenheiten wie den Tag der offenen Tür notwendig. Herr Smoljo wird mit seiner Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit entsprechende Vorschläge entwickeln.

Herr Rötzer erläutert, dass das Amt für Integration und Migration sich um einen Platz im Bürgerzentrum beworben hat. Dort soll die Gelegenheit genutzt werden, das Amt der Öffentlichkeit vorzustellen. Eine Beteiligung des IB wäre wünschenswert, um auch dieses Gremium vorzustellen.

10.2
AGABY lädt zur Organisation symbolischer Wahlen ein. Es gibt eine bundeseinheitliche Kampagne: „Hier lebe ich, hier wähle ich“. Frau Filipczak stellt fest, dass keine Beschlussfähigkeit zu diesem Zeitpunkt der Sitzung mehr besteht und kein Beschluss über eine Beteiligung gefasst werden kann. Dennoch ergibt eine Abfrage, dass die Mitglieder des IB sich einig sind, dass keine zeitliche Möglichkeit besteht, eine Teilnahme zu bewältigen. AGABY erhält bis 31.5.2017 eine Rückmeldung hierzu. Sollte doch jemand Interesse haben, dies zu organisieren, kann er sich bei Frau Filipczak bis dahin melden.

10.3
Einheitliche Beschlussvorlage: Herr Vernim regt an, dass zur Arbeitserleichterung von der geschäftsführenden Stelle gemeinsam mit der Vorsitzenden eine Vorlage für die Formulierung der Beschlussvorlagen erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden könnte. Dieser Vorschlag wird von allen Anwesenden begrüßt.

Herr Kaunzner äußert den Wunsch, dass in der Einladung zukünftig bei allen Berichterstattern, also auch bei Mitgliedern des Beirats, die Funktion oder Organisation auf der Tagesordnung vermerkt werden sollte. Frau Filipczak stellt diese Frage den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern zur Diskussion; Frau Klein sieht dazu keine Notwendigkeit, Frau Filipczak auch nicht, wenn es sich um Mitglieder des IB handelt. Sie erklärt, dass bei Gastrednern diese erweiterte Information bereits vermerkt wird.

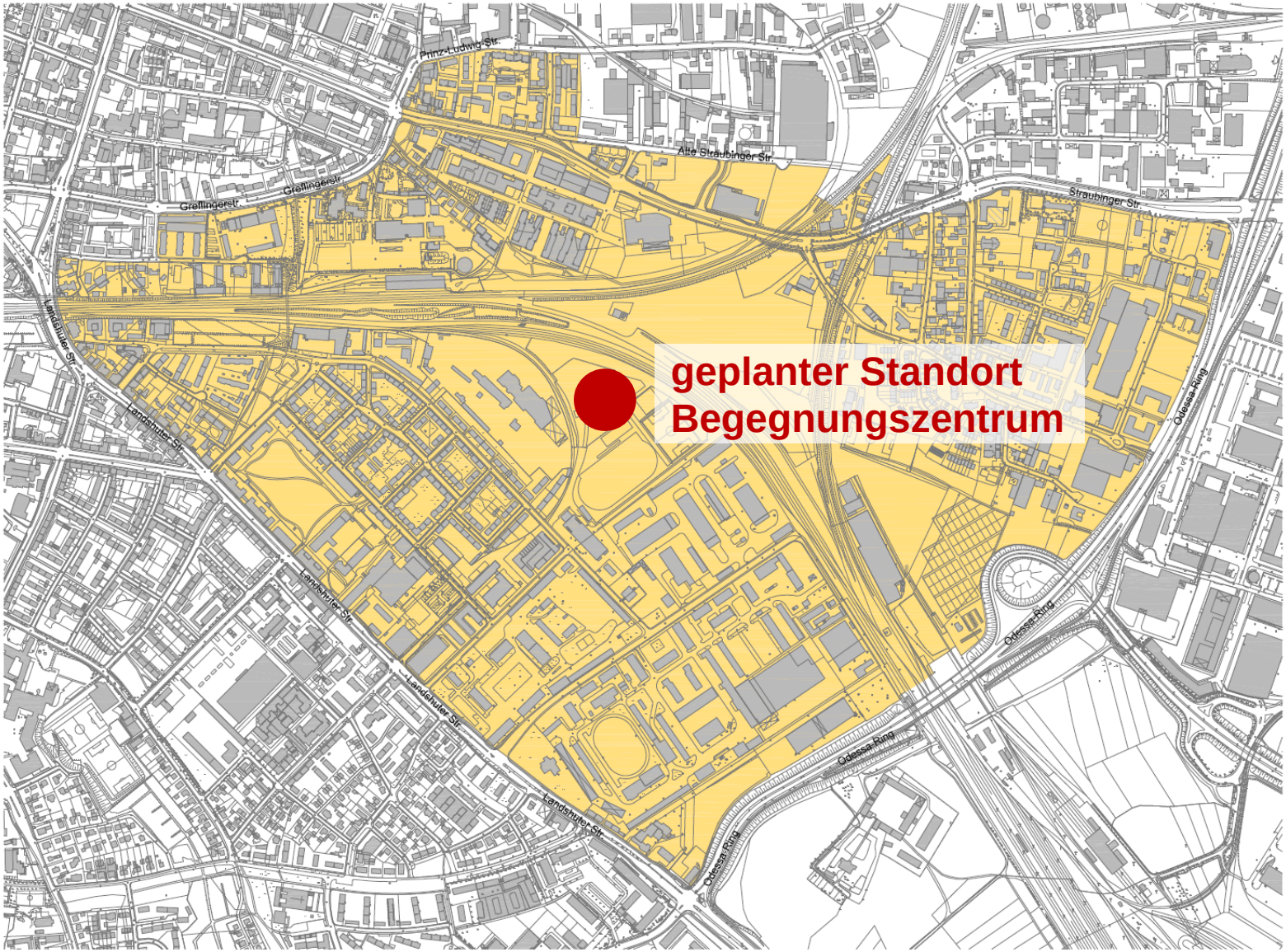
Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 20:00 Uhr.

Regensburg, 13.06.2017

gez. Eva Filipczak	gez. Matthias Vernim
1. Vorsitzende	für die geschäftsführende Stelle

Anlagen:
- zu TOP 5: Pläne des neuen Familienzentrums im Kasernenviertel (3 Seiten)
- zu TOP 9: Vortragsmanuskript Hr. Kaunzner (3 Seiten)

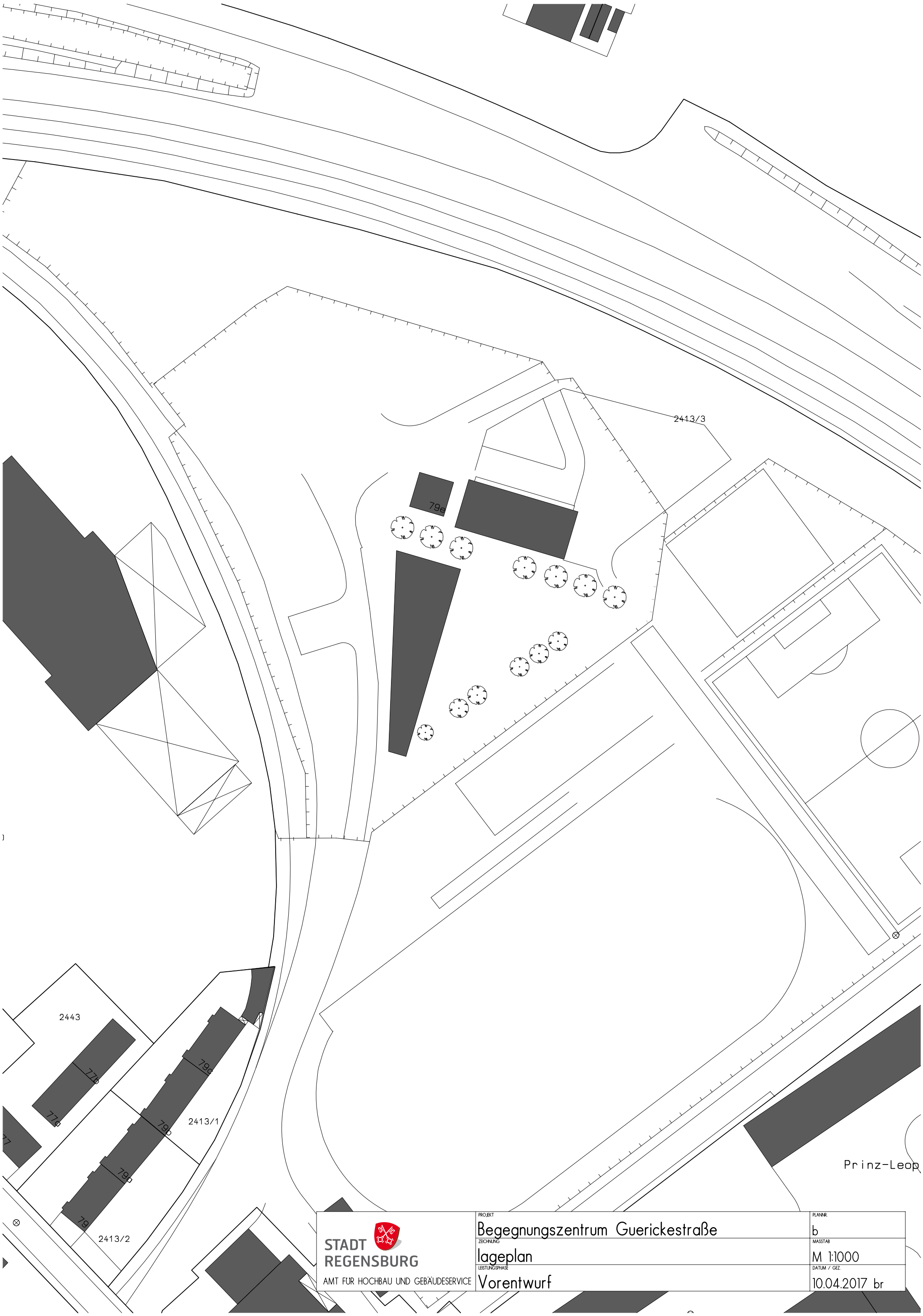
Lageplan Begegnungszentrum



STADT REGENSBURG
Amt für Stadtentwicklung

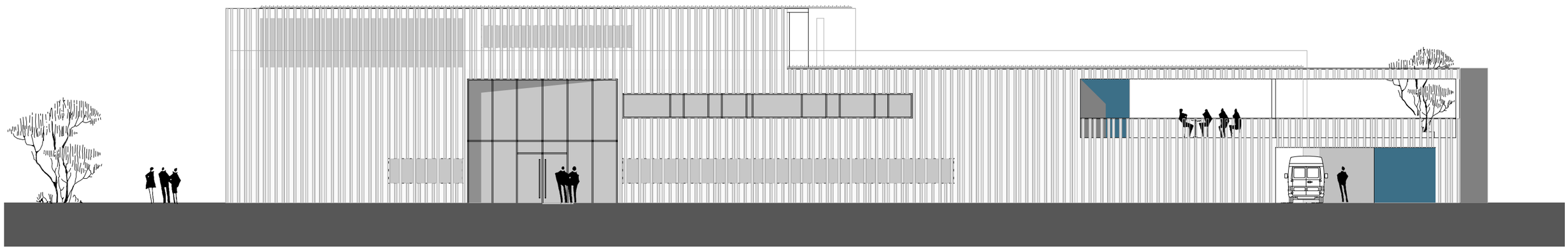
Untersuchungsgebiet
Soziale Stadt
Innerer Südosten
Fläche: ca. 198 ha

Stadt Regensburg
Amt für Stadtentwlcklung
Stand: August 2016



STADT REGENSBURG
AMT FÜR HOCHBAU UND GEBÄUDESERVICE

PROJEKT: Begegnungszentrum Guerickestraße	PLANNR.: b
ZEICHNUNG: lageplan	MASSTAB: M 1:1000
LEISTUNGSPHASE: Vorentwurf	DATUM / GEZ.: 10.04.2017 br



ansicht südwest

STADT REGENSBURG AMT FÜR HOCHBAU UND GEBÄUDESERVICE	PROJEKT Begegnungszentrum Guerickestraße	PLANNR. a
	ZEICHNUNG Ansicht	MASSTAB M 1:200
	LEISTUNGSPHASE Vorentwurf	DATUM / GEZ. 21.03.2017 br

Bericht über die Tagung zur Integration der Hanns-Seidel-Stiftung mit Min. Emilia Müller und Prof. Ursula Männle, Vorsitzende der H.-S.-Stiftung am 5.10.2016

Zu Beginn wurden die Publikationen der H-S-Stiftung „Eine Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland“ und „Ich zeige Dir meine Stadt“ vorgestellt. Beide Broschüren liegen Ihnen vor.

1. Einleitung

In Europa leben 500 Millionen Menschen. Weltweit sind derzeit etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Vertreibung, Hunger und Armut. Viele davon suchen ihr Heil in Europa. Aber der allergrößte Teil ist noch vor Ort und hofft in den Nachbarländern auf Besserung. (z.B. im Libanon, in Jordanien, in der Türkei)

2. Folgen für Europa

Für Europa heißt das: Die Staatengemeinschaft muss mehr tun, um Zukunft vor Ort zu schaffen. Wer eine Zukunft hat bleibt, wer keine für sich sieht, geht. Es geht dabei um ganz konkrete Dinge: Wir müssen die Infrastruktur in den Flüchtlingslagern verbessern. Wir müssen Chancen auf Ausbildung und Arbeit vor Ort schaffen. Und wir müssen vor allem das Welternährungsprogramm finanziell so ausstatten, dass es die Menschen in den Camps versorgen kann. Wenn wir das nicht schaffen, kommen Millionen.

Und es geht dabei nicht nur um uns. Es geht auch um die Länder. Wie sollen sie eine Zukunft haben, wenn die Jungen das Land verlassen? Die allermeisten Menschen wollen eine Zukunft in ihrem vertrauten Umfeld, in ihrer Heimat haben. Flucht löst keine Probleme in den Herkunftsländern, sondern schafft neue.

3. Folgen für Deutschland und Bayern

Heute stehen wir wieder vor großen Herausforderungen. 2015 sind etwa eine Million Menschen nach Deutschland gekommen.

Aber was heißt das schon, wenn wir gleichzeitig immer noch nicht wissen, wie viele registriert im Land sind? Was wir wissen ist: 140.000 von ihnen sind als Asylbewerber in Bayern geblieben.

Wir haben die Bilder von vor einem Jahr noch vor Augen. Täglich tausende Neuankömmlinge, Menschenmassen an unseren Grenzen und in unseren Bahnhöfen.

Bayern hat hier einen einmaligen Kraftakt für Humanität und Ordnung geleistet, der seines Gleichen sucht: Wir haben Jede und Jeden untergebracht und anständig versorgt. Wir haben Grenzkontrollen durchgesetzt. Wir haben Erstaufnahmeeinrichtungen in jedem Regierungsbezirk und auch die beiden Warteräume für je 5.000 Menschen in Erding und Feldkirchen geschaffen. Wir haben am Tag bis zu 7 Sonderzüge und ungezählte Busse gechartert, um die Verteilung in Deutschland zu gewährleisten. Wir haben aber auch gegen anfängliche Kritik die beiden besonderen Zentren für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten eingerichtet, und so den Zustrom von Menschen ohne Bleibeperspektive entscheidend eingedämmt.

Es ist nicht übertrieben: Die Flüchtlingskrise ist die größte Bewährungsprobe für unser Land seit der Wiedervereinigung. Bayern steht dabei wie kein anders Land für die Balance aus Humanität und Realismus.

Wir setzten dabei auf einen Dreiklang der Vernunft, der da heißt: Erstens Humanität bei der Aufnahme, zweitens Integration der Bleibeberechtigten und drittens Begrenzung der Zuwanderung, um Humanität und Integration zu gewährleisten.

Denn wir wissen: Niemand verlässt sein Land ohne Grund. Krieg, Unterdrückung, Vertreibung, wirtschaftliche Not – hinter jeder Flucht steht ein individuelles Schicksaal.

4. Skeptizismus der Bürger

Eines spüren wir schon jetzt. Die Willkommenkultur hat sich gewandelt. Sie ist einem gewissen Skeptizismus gewichen. Die Bürger fragen sich zu Recht, wie die Integration der vielen Flüchtlinge mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Prägungen in unsere Gesellschaft funktionieren soll. Auch viele Geflüchtete erleben nun, dass manche Vorstellung über Deutschland schlicht nicht richtig war.

Aufklärung und Information ist deshalb nötiger denn je, sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Bürgerinnen und Bürger, deren Fragen wir beantworten und deren Ängste wir ernst nehmen müssen. Die Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung „Ich zeige Dir meine Stadt: wie wir in Deutschland leben“ sowie die Erklärfilme der Stipendiaten der HSS, dienen genau diesem Zweck: Sie erklären die Grundlagen unseres Zusammenlebens, unsere Werte und Normen. Sie werben um gegenseitiges Verständnis und bringen uns so einander näher.

5. Deutsche Leitkultur

Integration kann dabei nicht heißen, dass sich Einheimische und Neuankömmlinge auf halbem Weg treffen und wir daraus eine neue Kultur schmieden. Sondern Integration hat eine Richtung. Und diese Richtung ist unsere Leitkultur, unsere Werteordnung. Deshalb ist die Wertevermittlung neben der deutschen Sprache und der Integration in Ausbildung und Arbeit ein wesentlicher Faktor der Integration.

Was ist die deutsche Leitkultur? Die deutsche Leitkultur umfasst natürlich die Werte des Grundgesetzes: Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung sowie Meinungs-und Pressefreiheit.

Aber seien wir ehrlich: Dass sich jeder an Recht und Gesetz halten muss, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wer als Mann seine Frau mit der Burka auf die Straße schickt, oder einer Frau den Handschlag verwehrt, verstößt nicht gegen das Grundgesetz, aber missachtet unseren gesellschaftlichen Konsens. Wer Frauen als Ärztinnen, Richterinnen, Polizistinnen, Lehrerinnen, Verkäuferinnen, Krankenschwestern nicht akzeptiert, der macht sich zwar nicht strafbar, aber er ignoriert den Wertekanon in unserem Land.

Die deutsche Leitkultur ist also viel mehr als das Grundgesetz: Sie basiert auf den Werten der Aufklärung und des Humanismus, der christlich-jüdisch-abendländischen Kultur und unseren gewachsenen Traditionen. Zu unserer Kultur gehören auch die christlichen Feiertage und die Toleranz für andere Religionen.

6. Bayrisches Integrationsgesetz

Unsere Philosophie ist deshalb Integration nicht in Beliebigkeit, sondern Integration durch Orientierung. Und diese Haltung regeln wir im bayerischen Integrationsgesetz. Wir schaffen so mit dem Grundsatz des Forderns und Fördern eine neue Verbindlichkeit für beide Seiten.

Das heißt: Bayern fördert die Integration und hat dafür bereits im vergangenen Herbst das Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ auf den Weg gebracht. Wir investieren damit mehr als eine halbe Milliarde Euro allein im Jahr 2016 in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft – für zusätzliche Lehrer und Polizisten, aber auch für Sprachkurse, Wohnungen, Integration in Ausbildung und Arbeit und vieles mehr.

Wir haben zudem mit der Bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit die Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ geschlossen. Unser Ziel: Wir wollen 20.000 Flüchtlingen bis Ende 2016 ein

Praktikum, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz anbieten. Bis Ende 2019 sollen 60.000 Menschen in Arbeit integriert werden.
Die Zwischenbilanz ist hervorragend: Seit dem Abschluss der Vereinbarung konnten 40.000 Flüchtlinge in Praktika, Ausbildung und Arbeit integriert werden. Das für 2016 angestrebte Ziel von 20.000 Flüchtlingen ist bereits zur Jahresmitte deutlich übertroffen worden. Das ist deutschlandweit einmalig.
Einen Schwerpunkt des neuen Integrationsgesetzte ist die Rechts- und Wertebildung der Migranten. Wir in Bayern erteilen z.B. deshalb bereits in den Gemeinschaftsunterkünften Rechtskundeunterricht. Dort werden den Flüchtlingen die grundlegenden Werte unserer Rechts- und Verfassungsordnung näher gebracht.
Und weil Integration so früh wie möglich anfangen muss, überzeugen wir beispielsweise Eltern auch bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen, ihre Kinder in Kindertages-einrichtungen zu schicken.

Ein entscheidender Punkt ist dabei auch die Asylsozialberatung. Dadurch bekommen die Geflüchteten eine erste Orientierung und eine erste Hilfestellung im Alltag. Der Freistaat unterstützt die Asylsozialberatung als unverzichtbare Einrichtung allein 2016 mit 30 Millionen – es ist notwendig, nun einen fließenden Übergang zur Migrationsberatung zu schaffen.

Bayern fördert zudem Erstorientierungskurse an weit über 400 Standorten, deren Bestandteil neben der Sprachvermittlung auch das Modul „Werte und Zusammenleben“ ist. Wir unterstützen aber auch das Aktionsprogramm „Flüchtlinge werden Freunde“ des Bayerischen Jugendrings. Und wir fördern das Projekt „Mehr-Wert Demokratie“ des Wertebündnisses Bayern, das vom Bayerischen Schullandheimwerk (BSHW) koordiniert wird. Ein großartiges Projekt für die Vermittlung der demokratischen Werte unserer Gesellschaft.

Aber wir fördern Integration nicht nur, sondern wir fordern sie auch ein. Denn Integration ist eine Bringschuld. Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders bleiben und keine des Neben-und Gegeneinanders werden. Deshalb hat Bayern auch – als erstes Land übrigens – die Wohnsitzauflage umgesetzt.

Die Debatte um die Zuwanderung bewegt die Menschen in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass wir einander verstehen. Die Broschüre „Ich zeig Dir meine Stadt. Wie wir in Deutschland leben“ leistet dazu einen hervorragenden Beitrag.

Der Leitfaden der Hanns-Seidel-Stiftung ebnet damit nicht nur Wege in unsere Gesellschaft, sondern bringt auch unsere Kultur näher. Und genau darum geht es in der Integration.